Beschlussempfehlungen des Rheingau-Taunus-Kreises zu den Empfehlungen des Schlussberichtes zur 193.Vergleichenden Prüfung "Haushaltsstruktur 2016: Landkreise"

bereits umgesetzte Empfehlungen

zuständige Organisations- einheit	Empfehlungen des Landesrechnungshofes	Seite / Berichtsziffer	KT Beschlussempfehlung
II.4 / II.5	Befristung aller Hilfen bzw. Festlegung eines Rhythmus zur Wiedervorlage	Seite 6 vgl. Kapitel 8, Seite 92 ff. Soziale Leistungen	Es wird festgestellt, dass die Empfehlung bereits umgesetzt ist. Zum 1.5.2017 wurde die Befristung aller ambulanten Hilfen festgelegt. Stationäre Hilfen werden regelmäßig im Hilfeplan überprüft.
II.4 / II.5	Einführung Kostenkontrollen bei hohen Hilfgewährungen	Seite 6 vgl. Kapitel 8.2, Seite 109ff Internes Kontrollsystem	Es wird festgestellt, dass die Empfehlung bereits umgesetzt wird. Jede Neueinleitung einer Hilfgewährung wird von der zuständigen Dezernentin genehmigt.
II.4 / II.5	Weitergabe des Hilfeplans an die Wirtschaftliche Jugendhilfe	Seite 111 Kontrollaktivitäten	Es wird festgestellt, dass die Empfehlung bereits umgesetzt ist. Seit 1.5.2017 wird der Wiju ein verkürzter HP zur Verfügung gestellt.
I.7	Festlegung eines angemessenen Fortschreibungsturnus für den Schulentwicklungsplan	Seite 91 Schulentwicklungsplan	Es wird festgestellt, dass die Empfehlung bereits umgesetzt wird. Gemäß § 145 (5) Hessisches Schulgesetz sind Schulentwicklungspläne innerhalb von fünf Jahren nach der Zustimmung zu ihnen auf die Zweckmäßigkeit der Schulorganisation hin zu überprüfen und fortzuschreiben, soweit dies erforderlich wird. Der zuständige Ausschuss wird permanent informiert.
I.7	Nutzung einer Pool-Lösung für den Hausmeisterservice und Prüfung der Frage Eigen- oder Fremdreinigung	Seite 87 Hausmeister, Reinigungsdienst, Schulsekretariate	Es wird festgestellt, dass die Empfehlung bereits umgesetzt wird. Bei den Schulhausmeistern gibt es seit einigen Jahren regionale Hausmeisterteams, drei im Untertaunus und zwei im Rheingau. Die Frage der Eigen- oder Fremdreinigung wurde bereits geprüft.

Empfehlungen die umzusetzen sind

CO	Implementierung eines wirkungsvollen Konsolidierungsmanagements mit Darstellung der realisierten und geplanten Konsolidierungsmaßnahmen in einer standardisierten Übersicht für den Kreistag	Seite 3 vgl. Kapitel 6.2.3, Seite 62 ff. Konsolidierungsmangement	Die Empfehlung ist ab 2018 umzusetzen. Die Anregungen des Landesrechnungshofes, den Kreistag in einer standardisierte Übersicht über die Darstellung der realisierten und geplanten Konsolidierungsmaßnahmen zu informieren, wird ab dem Haushalt 2018 umgesetzt. Die Entwicklung der im Schuttschirmvertrag vereinbarten Maßnahmen ist auch bisher im HSK dargestellt worden.
----	--	---	--

I.7	Entwicklung der Schülerzahlen jährlich anhand der Angaben der Einwohnermeldeämter (Geburtenzahlen) oder der Landesstatistik prognostizieren um damit eine laufende Aktualisierung des fünfjährigen Planungszeitraums zu erreichen	Seite 5 vgl. Kapitel 7.6, Seite 79 ff. Schulträgeraufgaben	Die Empfehlung ist künftig zu beachten. Die Prüfungsempfehlung ist grundsätzlich umsetzbar. Hierfür wurde ein unterstützendes EDV-Programm angeschafft.
II.4 / II.5	Verschriftlichung IKS-Konzept für FD Jugendhilfe, -förderung	Seite 6 vgl. Kapitel 8.2, Seite 109ff Internes Kontrollsystem	Die Empfehlung ist ab 2019 umzusetzen. Eine Verschriftlichung eines IKS Konzepts konnte bisher wegen fehlender Personalressourcen nicht erfolgen. Der Wechsel in der Fachdienstleitung II.4 und die Neubesetzung der Fachdienstleitung II.5 ist mittlerweile erfolgt.
II.4 / II.5	Entwicklung und Anwendung einer Systematik zur Risikobeurteilung	Seite 6 vgl. Kapitel 8.2, Seite 109ff Internes Kontrollsystem	Die Empfehlung ist künftig umzusetzen unter Einsatz der neu zu beschaffenden Fachsoftware. Die Einführung eines auf variable Daten reagierendes und rollengestütztes Management-Informationen-System, das mittels verschiedener Auswertungsmöglichkeiten Informationen zu Einzelfällen schnell, stets aktuell und übersichtlich, auch ohne datenbankspezifische SQL-Kenntnisse, bereitstellt, wurde im Rahmen der Haushaltsanmeldung 2018 beantragt. Bei Implementierung wäre ein wesentlicher Faktor zur Risikobeurteilung gegeben
II.4 / II.5	Regelmäßige Beurteilung/Überwachung des IKS	Seite 6 vgl. Kapitel 8.2, Seite 109ff Internes Kontrollsystem	Die Empfehlung ist nach Implementierung des IKS Konzepts umzusetzen.
II.4 / II.5	Systematische Kontrollen von Stammdaten in der Fachsoftware	Seite 6 vgl. Kapitel 8.2, Seite 109ff Internes Kontrollsystem	Die Empfehlung ist für den Bereich UVG in Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt umzusetzen. Es wird festgestellt, dass die Empfehlung im Bereich der Wirtschaftlichen Jugendhilfe bereits beachtet wird.
II.4 / II.5	IKS-Schulungen für Führungskräfte der FD-Jugendhilfe, -förderung	Seite 6 vgl. Kapitel 8.2, Seite 109ff Internes Kontrollsystem	Die Empfehlung ist umzusetzen sobald die weitere Implementierung und Verschriftlichung des IKS erfolgt.
II.4 / II.5	Zusammenarbeit mit FD II.1 und Einbeziehung des RPA in die konzeptionelle Ausgestaltung des IKS-Konzeptes	Seite 6 vgl. Kapitel 8.2, Seite 109ff Internes Kontrollsystem	Die Empfehlung ist im Zusammenhang mit der Verschriftlichung des IKS Konzepts umzusetzen.
II.4 / II.5	Wiedereinführung der Jahres- bzw. Qualitätsentwicklungsgespräche mit den freien Trägern als Leistungserbringer	Seite 6 vgl. Kapitel 8.3, Seite 116 ff. Trägersteuerung	Die Empfehlung ist künftig umzusetzen. Hierzu besteht eine gesetzliche Verpflichtung, die Aufgabe konnte temporär wegen Vakanz der Fachdienstleitung II.5 und fehlender Personalressourcen im Fachteam Grundsatz nicht erfolgen. Die Fachdienstleitung II.5 ist ab 01.08.2017 wieder besetzt.
II.4 / II.5	Regelmäßige Evaluierung des IKS in Bezug auf die Trägersteuerung	Seite 6 vgl. Kapitel 8.3, Seite 116 ff. Trägersteuerung	Die Empfehlung ist nach Implementierung des IKS Konzepts umzusetzen.

CO	Anpassung der Prozesse dahingehend, dass der Beteiligungsbericht innerhalb des auf das Berichtsjahr folgenden Kalenderjahres erstellt werden kann.	Seite7 vgl. Kapitel 9, Seite 123ff. Wirtschaftliche Betätigung	Ab 2018 ist der Beteiligungsbericht jährlich vorzulegen. Parallel werden die Beteiligungen verpflichtet die Abschlüsse entsprechend zeitnah vorzulegen. Für den Haushalt 2018 wurden Mittel zur Beschaffung einer Beteiligungsmanagementsoftware beantragt. Mittels dieser Software ist eine zeitnähere Erstellung des Beteiligungsberichtes, und die Einführung eines standardisierten Berichtswesens möglich.
CO	Einführung eines standardisierten Quartalsberichtswesens für alle Gesellschaften	Seite8 vgl. Kapitel 9, Seite 123ff. Wirtschaftliche Betätigung	Die Empfehlung ist ab 2018 umzusetzen unter Anwendung der neu zu beschaffenden Fachsoftware.
CO	Einführung einer Fachsoftware für Zwecke der Beteiligung	Seite8 vgl. Kapitel 9, Seite 123ff. Wirtschaftliche Betätigung	Die Mittel für eine Beteiligungsmanagementsoftware werden im Haushalt 2018 bereitgestellt
FBL I	Einrichtung eines Kontaktformulars zur Abgabe von Korruptionshinweisen auf der Internetpräsenz des Landkreises	Seite 9 vgl. Kapitel 10.4, Seite 159 ff. Maßnahmen zur Korruptionsvorbeugung	Die Empfehlung ist künftig umzusetzen. Die Einrichtung eines Kontaktformulars zur Abgabe von möglichen Korruptionshinweisen soll zunächst für die Dauer eines Jahres erfolgen. Danach ist auszuwerten, ob sich das Formular bewährt hat und/oder inwieweit eine missbräuchliche Verwendung mit Falschangaben etc. erfolgt.
I.2	Aktualisierung der Vergabeordnung	Seite 9 vgl. Kapitel 10.4, Seite 159 ff. Maßnahmen zur Korruptionsvorbeugung	Die Vergabeordnung des RTK ist zu aktualisieren, sobald sich die Zentrale Vergabestelle formiert hat (voraussichtlich ab 9/2017) und neue Abläufe für förmliche Vergabeverfahren festgelegt wurden.
alle FB	regelmäßig Zuleitung der Schlussberichte der überörtlichen Prüfungen an die Fraktionen und Dokumentation aller Ergebnisse der Prüfungen sowie Reaktionen auf ausgesprochenene Empfehlungen	Seite 10 vgl. Kapitel 11, Seite 166ff. Nachschau	Die Empfehlung ist umzusetzen. Die regelmäßige Zuleitung der Schlussberichte wurde bereits in der Vergangenheit praktiziert. Eine Dokumentation der Gremiumsbeschlüsse hinsichtlich ausgesprochener Empfehlungen ist von den jeweils zuständigen Prüfungsbeauftragten der Verwaltung zu erstellen.
CO	Beteiligungsrichtlinie (PCGK) um Regelungen zur Überprüfung der Einhaltung der Vorgaben der Beteiligungsrichtlinie ergänzen.	Seite 133 Kapitel 9.3.1 Organisation von Beteiligungsverwaltung /-steuerung	Die Empfehlung ist umzusetzen. Bei der nächsten Anpassung der Beteiligungsrichtlinie wird ein entsprechenden Passus zu Regelungen zur Überprüfung der Einhaltung der Vorgaben, eingefügt.
CO	Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft mit konkreten monetären Darstellungen bspw. mit tabellarische Aufstellungen im Beteiligungsbericht darstellen	Seite 137 Beteiligungsbericht	Die Empfehlung ist umzusetzen. Entsprechende Darstellungen mit monetären Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft werden sukzessive ab dem Berichtsjahr 2016 im Beteiligungsbericht aufgenommen.
CO	Nutzung von Zielvereinbarungen für die Beteiligungssteuerung	Seite 138 Kapitel 9.3.3 Steuerung der Beteiligungen durch die Beteiligungsverwaltung	Die Empfehlung ist umzusetzen. Zielvereinbarungen erfordern eine regelmäßige Überwachung der vereinbarten Ziele. Um eine umfängliche Überwachung der quantitativen Ziele regelmäßig durchführen zu können, bedarf es des Einsatzes der zu beschaffenden Fachsoftware.

1.3	Aushändigung des entsprechenden Korruptionserlasses bei Neueinstellungen	Seite 161 Nachweisliche Bekanntgabe der einschlägigen Erlasse (Nr. 1,2,3)	Die Empfehlung ist umzusetzen. Der Erlass "Korruptionsvermeidung in hessischen Kommunalverwaltungen" ist auszuhändigen. Im Zuge der Einstellungsformalitäten wird auch weiterhin bei jeder Einstellung und Verpflichtung die Dienstanweisung "Nicht-Annahme von Belohnungen und Geschenken ausgehändigt und eingehend zum Thema Korruption belehrt.
1.3	keine Nebentätigkeiten mit Vertragspartnern des Landkreises genehmigen	Seite 162 Umgang mit Nebentätigkeiten (4)	Die Empfehlung ist umzusetzen. Künftig werden Nebentätigkeiten bei Vertragspartnern des RTK nicht mehr genehmigt. Bei jeder Nebentätigkeit wird geprüft, ob es sich bei dem Arbeits- / Auftragsgeber um eine Vertragspartnerin bzw. einen Vertragspartner des Landkreises handelt. Bei der Beurteilung eines evtl. Interessenwiderstreits werden evtl. Zielkonflikte und auch Imagefragen streng beurteilt.

Empfehlungen die nicht umgesetzt werden

1.7	Einführung einer Nutzungsentschädigung für die in den kreiseigenen Schulgebäuden durchgeführten Veranstaltungen der Volkshochschule überprüfen	Seite 4 vgl. Kapitel 7.1, Seite 65 ff. Volkshochschulen	Auf die Einführung einer Nutzungsentschädigung durch die VHS wird verzichtet. Die VHS ist Träger der Erwachsenenbildung und erfüllt somit originäre Aufgaben des Landkreises. Höhere Aufwendungen bei der VHS würden eine höhere Zuschussgewährung erfordern.
1.7	Erhebung einer Kostenbeteiligung bei der Nutzung der kreiseigenen Sporthallen von den Vereinen in Form von Benutzungsentgelten, Beteiligungen an Investitionen und Instandsetzungen o.ä.	Seite 4 vgl. Kapitel 7.3, Seite 69 ff. Sportförderung und Bäderbetriebe	Auf die Erhebung von Hallennutzungsgebühren von den Vereinen wird verzichtet. Hinsichtlich einer Kostenbeteiligung der Vereine besteht bei allen Kreistagsfraktionen grundsätzliche Einigkeit, dass man von dieser Möglichkeit Abstand nimmt, da es die Vereine finanziell in Schwierigkeiten bringen kann. Der Kreis hatte schon einmal einige Jahre Hallenbenutzungsentgelte erhoben mit dem Ergebnis, dass die Kommunen diese Entgelte jeweils für ihre ortsansässigen Vereine übernommen haben. Das würde heute nicht mehr gehen, da die Kommunen überwiegend Schuttschirmkommunen sind und das somit nicht mehr leisten können. Insofern wären bei Einführung einer wie auch immer gearteten Kostenbeteiligung die Vereine direkt belastet. Das geht auch nicht mit der vom Land gewollten Sportförderung konform. Bei der damaligen Erhebung von Hallenbenutzungsentgelten (in den 1990er Jahren) hat der Kreis umgerechnet rd. 240.000 € eingenommen, was von einer kostendeckenden Nutzungsgebühr weit entfernt ist. Außerdem muss man berücksichtigen, dass viele Vereine jetzige Nutzungszeiten zurückgeben, wenn sie dafür zahlen müssen. Das war damals auch so.

I.7	Trennung bei der Auswertung der Belegungsstatistik nach schulischer und außerschulischer Nutzung	Seite 70 Kapitel 7.3 Sportförderung und Bäderbetriebe	Dieser Empfehlung wird aus kapazitiven Gründen nicht gefolgt, da die sich daraus ergebende Erkenntnis derzeit keinen Nutzen erkennen lässt. Nach aktueller Beschlusslage werden keine Hallenbenutzungsgebühren von den Vereinen erhoben. Eine Auswertung der Hallenbelegungen nach schulischer und außerschulischer Nutzung ist mit der eingesetzten Fachanwendung grundsätzlich möglich. Voraussetzung ist die regelmäßige Pflege der schulischen Nutzungszeiten im Belegungsprogramm.
I.7	Nutzung der vorliegenden Ergebnisse zur Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerfüllung in Bezug auf die Schulträgerschaft für eine weitergehende Analyse um hierdurch mögliche Ergebnisverbesserungspotentiale zu realisieren.	Seite 86 Hausmeister, Reinigungsdienst, Schulsekretariate	Dieser Empfehlung wird nicht gefolgt. Die Verwaltung sieht hierzu derzeit keinen Handlungsbedarf. Im KGSt-Gutachten aus 2013 wurde für die Bereiche der Schulhausmeister und Schulsekretariate festgestellt, dass die IST-Vollzeitäquivalente der KGSt SOLL-Stellenbemessung entsprechen. Im Reinigungsdienst, der überwiegend durch Fremdfirmen erfolgt, hat der RTK im Vergleich den niedrigsten Aufwand.
II.4 / II.5	Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips innerhalb der Sachgebiete Wirtschaftliche Jugendhilfe, Unterhaltsvorschuss	Seite 6 vgl. Kapitel 8.2, Seite 109ff Internes Kontrollsystem	Formal wird das Vier-Augen-Prinzip gewahrt. Die Richtigkeit der Auszahlungen werden durch die Sachbearbeitungen sachlich und rechnerisch geprüft und in das Fachverfahren eingepflegt. Es wird eine Liste der Auszahlungen je Sachbearbeitung erstellt und durch Unterschrift sachlich und rechnerisch festgestellt. Parallel erfolgt eine Bescheiderstellung und systemseitig wird eine Zahlungsvorschlagsliste erstellt, die dann nach Prüfung der Übereinstimmung mit den jeweils festgestellten Auszahlungslisten durch die Systemadministration von der Fachbereichsleitung angeordnet wird. Mit der Anordnung wird bestätigt, dass die Bediensteten, die die sachliche und rechnerische Richtigkeit feststellen dazu die notwendige Kompetenz haben und dass die zur Auszahlung vorgesehenen Mittel haushaltsrechtlich zur Verfügung stehen. Die durchgängige Einführung eines Vier-Augen-Prinzips dahingehend, dass auch die sachliche und rechnerische Richtigkeit doppelt festgestellt und geprüft wird ist mit den zur Verfügung stehenden Personalressourcen nicht möglich, dies würde eine Verdopplung der Sachbearbeitung erfordern.
I.2 / CO	Erstellung eines Aufgabengliederungsplans in dem unter anderem die Aufgaben des Beteiligungsmangement auch in Abgrenzung zu anderen Organisationen definiert werden	Seite 132 Kapitel 9.3.1 Organisation von Beteiligungsverwaltung /-steuerung	Auf die Erstellung eines besonderen Aufgabengliederungsplans wird verzichtet, da die Aufgaben des Beteiligungsmanagements klar von den Steuerungsaufgaben für die Allgemeine Verwaltung sowie für die Schulverwaltung des RTK abgegrenzt sind und in einer eigenständigen Organisationseinheit wahrgenommen werden.